

Resolution der Alpen-Initiative zuhanden des Bundesrates

verabschiedet am 25. Mai 2024 in Altdorf anlässlich der Mitgliederversammlung

Die Alpen endlich vor den negativen Auswirkungen des Verkehrs schützen

Dank dem Volks-Ja zur Alpeninitiative von 1994 ist der Alpenschutz in der Bundesverfassung verankert. Absatz 1 des Alpenschutzartikels schreibt vor: «Der Bund schützt das Alpengebiet vor den negativen Auswirkungen des Transitverkehrs. Er begrenzt die Belastungen durch den Transitverkehr auf ein Mass, das für Menschen, Tiere und Pflanzen sowie ihre Lebensräume nicht schädlich ist.» Der Verfassungsartikel gilt damit für den gesamten Verkehr, sprich für den Güter- wie auch für den Personenverkehr.

Diese Aufgabe erfüllt der Bund bis heute unzureichend – in doppelter Weise:

- Zum einen ergreift der Bund nur spärliche Massnahmen, um den ungebremst steigenden Freizeitverkehr durch die Alpen zu reduzieren und tut darüber hinaus viel zu wenig, um diesen Verkehr gezielt zu lenken. Der Personenverkehr wird daher mehr und mehr zur Belastung für die Menschen und die Natur – insbesondere im Alpenraum. Verstopft der Verkehr die Autobahn, fahren die Reisenden rücksichtslos durch die Bergdörfer. Das Problem des Ausweichverkehrs verlangt kluge Massnahmen: Ein intelligentes Verkehrsmanagement, das den Verkehr auf dem übergeordneten Strassennetz hält und Spitzen bricht, sowie eine erhöhte Verlagerung der Freizeitreisenden auf die öffentlichen Verkehrsmittel wie Zug und Bus sind für den Erhalt der Lebensqualität und der empfindlichen Biosphäre im Alpenraum unverzichtbar.
- Zum anderen wird der gesetzlich festgelegte Höchstwert an jährlichen Lastwagenfahrten durch die Alpen weiterhin deutlich überschritten. Trotzdem ergreift der Bundesrat nicht die nötigen Massnahmen, um diesem Missstand entgegenzuwirken. Nicht zuletzt dank der Arbeit der Alpen-Initiative, ist der Anteil der Bahn am Güterverkehr durch die Alpen vergleichsweise sehr hoch. Das gesetzliche Verlagerungsziel ist aber immer noch nicht erreicht. Im Gegenteil: die Anzahl der alpenquerenden Lastwagenfahrten haben in den letzten Jahren sogar zugenommen. Wir fordern, dass wirksame Massnahmen ergriffen werden, um eine Trendwende zu erreichen und die Schweizer Verlagerungspolitik zum Wohle der Bevölkerung fortzuführen.

Die Alpen-Initiative fordert den gesamten Bundesrat und insbesondere den UVEK-Vorsteher Albert Rösti auf, sich endlich der vollständigen Umsetzung des 30-jährigen Verfassungsartikels anzunehmen, um das Alpengebiet und damit die Menschen und die Natur tatsächlich vor den negativen Auswirkungen des gesamten Transitverkehrs zu schützen.